**Europäisches Parlament**
2019-2024

*Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten*

**2022/0269(COD)**

19.7.2023

# STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Ausschuss für internationalen Handel und den Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt
(COM(2022)0453 – C9-0307/2022 – 2022/0269(COD))

Verfasser der Stellungnahme (*): Mounir Satouri

(*) Assoziierter Ausschuss – Artikel 57 der Geschäftsordnung

PA_Legapp

## KURZE BEGRÜNDUNG

Die Bekämpfung und Beseitigung des Einsatzes von Zwangsarbeit ist ein wesentliches Element des Engagements der Europäischen Union für Menschen- und Arbeitnehmerrechte. Dies wurde auch in der Rede zur Lage der Union 2021 als ein weiter gefasstes Ziel der EU für einen gerechten globalen Übergang hervorgehoben.

Das Verbot des Einsatzes aller Formen von Zwangs- oder Pflichtarbeit wird als zwingende Vorschrift der internationalen Menschenrechtsnormen erachtet. Es gibt zahlreiche internationale und europäische Rechtsinstrumente, insbesondere die IAO-Übereinkommen Nr. 29 (einschließlich seines Protokolls) und Nr. 105 und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, nach denen Zwangsarbeit eindeutig verboten ist. Ferner hat sich die EU mit dem vom Rat im Jahr 2020 angenommenen Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie 2020-2024 zur Förderung einer Null-Toleranz-Politik gegenüber Kinderarbeit, zur Beseitigung der Zwangsarbeit, zur Unterstützung von Arbeitnehmerrechten in den EU-Handelsbeziehungen sowie zur Förderung der Sorgfaltspflichten in globalen Lieferketten und der Ratifizierung des IAO-Protokolls zum Übereinkommen über Zwangsarbeit verpflichtet.

Trotz dieses normativen Rahmens haben moderne Sklaverei und Zwangsarbeit in den letzten Jahren zugenommen. Schätzungen der IAO zufolge lebten im Jahr 2021 weltweit 49,6 Millionen Menschen in moderner Sklaverei; hiervon waren wiederum 27,6 Millionen Menschen von Zwangsarbeit betroffen, darunter mindestens 11,8 Millionen Frauen und Mädchen.

Das Parlament forderte daher im Juni 2022 ein Instrument zum Verbot der Ein- und Ausfuhr von unter dem Einsatz von Zwangsarbeit hergestellten oder beförderten Produkten. Im September 2022 veröffentlichte die Kommission den Vorschlag für ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt. Die Verordnung enthält Vorschriften, die es Wirtschaftsakteuren verbieten, Produkte, die in Zwangsarbeit hergestellt wurden, auf dem Unionsmarkt in Verkehr zu bringen und bereitzustellen oder aus dem Unionsmarkt auszuführen.

Der Verfasser der Stellungnahme begrüßt den von der Kommission vorgelegten Vorschlag und möchte ihn mit diesem Entwurf eines Berichts stärken, damit sichergestellt wird, dass die Verordnung weltweit und innerhalb der EU zur wirksamen Beseitigung der Zwangsarbeit beiträgt.

Zur Gewährleistung der Kohärenz mit internationalen Standards war der Verfasser der Stellungnahme bestrebt, die Definition von Zwangsarbeit in der Verordnung den einschlägigen Instrumenten, Leitlinien und Entscheidungen der IAO anzupassen. Die IAO verbietet Zwangsarbeit nicht nur bei der Herstellung von Produkten, sondern auch bei der Erbringung von Dienstleistungen, die ebenfalls grenzüberschreitend bereitgestellt werden können. Es ist auch ausdrücklich zu betonen, dass Beförderung und Lagerung Bereiche sind, die in den Geltungsbereich der Verordnung fallen sollten, da diese Bereiche sehr anfällig für Zwangsarbeit sind.

Ferner schlägt der Verfasser der Stellungnahme einen Artikel über den Zugang zu Rechtsbehelfen vor, um damit eine erhebliche Lücke im Kommissionsvorschlag zu schließen. Eine Verordnung kann nur dann wirksam durchgesetzt werden, wenn sichergestellt ist, dass

Arbeitnehmer, die Opfer von Zwangsarbeit geworden sind, Zugang zu einem wirksamen Rechtsbehelf haben. Tatsächlich müssen die Interessen der Opfer im Mittelpunkt dieser Verordnung stehen. Insbesondere in bestimmten Hochrisikogebieten, in denen Zwangsarbeit systematisch eingesetzt wird und weitverbreitet ist, muss die Vermutung gelten, dass Zwangsarbeit vorliegt, um den zuständigen Behörden bei einem effizienten Umgang mit entsprechenden Fällen zu helfen. Darüber hinaus möchte der Verfasser der Stellungnahme die Rolle des Unionsnetzwerks stärken, um die zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten bei der Koordinierung und Zusammenarbeit zu unterstützen, wobei das Netzwerk als zentrale Anlaufstelle für Beschwerden dienen soll.

Transparenz und Information sind wichtige Instrumente für die Durchsetzung der Verordnung, weshalb die Datenbank für Zwangsarbeit-Risikoindikatoren von zentraler Bedeutung ist. Der Verfasser der Stellungnahme hält es für wichtig, dass die Kommission auf Informationen der Zivilgesellschaft und der Gewerkschaften zurückgreifen kann, dass die Informationen auch der Öffentlichkeit zugänglich sind und dass die Datenbank eine Liste bestimmter geografischer Hochrisikogebiete oder -länder enthält, in denen Zwangsarbeit systematisch eingesetzt wird und weitverbreitet ist.

## ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den Ausschuss für internationalen Handel und den Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz als federführende Ausschüsse, folgende Änderungsanträge zu berücksichtigen:

**Änderungsantrag 1**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (1) Wie in der Präambel des Protokolls von 2014 zum Übereinkommen Nr. 29 der Internationalen Arbeitsorganisation (im Folgenden „IAO“) über Zwangsarbeit (im Folgenden „IAO-Übereinkommen Nr. 29“) anerkannt wird, stellt Zwangsarbeit eine schwere Verletzung der Menschenwürde und der grundlegenden Menschenrechte dar. Die IAO hat die Beseitigung aller Formen von Zwangs- oder Pflichtarbeit zu einem die Grundrechte betreffenden Prinzip erklärt. Die IAO stuft das IAO-Übereinkommen Nr. 29, ***das Protokoll*** von 2014 zum IAO-Übereinkommen Nr. 29 und das IAO-Übereinkommen Nr. 105 über die Abschaffung der Zwangsarbeit (im Folgenden „IAO-Übereinkommen | (1) Wie in der Präambel des Protokolls von 2014 zum Übereinkommen Nr. 29 der Internationalen Arbeitsorganisation (im Folgenden „IAO“) über Zwangsarbeit (im Folgenden „IAO-Übereinkommen Nr. 29“) anerkannt wird, stellt Zwangsarbeit eine schwere Verletzung der Menschenwürde und der grundlegenden Menschenrechte dar***, trägt zum Fortbestehen von Armut bei und steht der Verwirklichung des Ziels der menschenwürdigen Arbeit für alle im Wege***. Die IAO hat die Beseitigung aller Formen von Zwangs- oder Pflichtarbeit zu einem die Grundrechte betreffenden Prinzip erklärt. Die IAO stuft das IAO-Übereinkommen Nr. 29, ***einschließlich des ergänzenden Protokolls*** von 2014 zum |

Nr. 105“) als grundlegende IAO-Übereinkommen ***ein.***[16] Zwangsarbeit umfasst ***ein breites Spektrum von auf Zwang basierenden Praktiken, bei denen von einer Person eine Art von Arbeit oder Dienstleistung verlangt wird, für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat***.[17]

IAO-Übereinkommen Nr. 29 ***sowie die Empfehlung Nr. 203 betreffend ergänzende Maßnahmen zur effektiven Beseitigung von Zwangsarbeit*** und das IAO-Übereinkommen Nr. 105 über die Abschaffung der Zwangsarbeit (im Folgenden „IAO-Übereinkommen Nr. 105“) als grundlegende IAO-Übereinkommen[16] ***ein und legte Empfehlungen für die Verhinderung und Beseitigung von Zwangsarbeit und für entsprechende Abhilfemaßnahmen vor***[16a]. Zwangsarbeit umfasst ***Arbeit und Dienstleistungen, die entlang der Wertschöpfungskette geleistet oder erbracht werden, die von einer Person unter Androhung einer Strafe verlangt werden und für die sich diese Person nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat.*** [17] ***Gemäß der IAO und den Vereinten Nationen tritt bei einigen Wirtschaftstätigkeiten in bestimmten produktiven Wirtschaftszweigen wie in der Verarbeitung, in der Landwirtschaft, im Bekleidungssektor oder in der Fischerei, und in bestimmten Dienstleistungssektoren wie Beförderung, Lagerung und Logistik, Reinigungsarbeiten und Saisonarbeit Zwangsarbeit häufiger auf***[17a]***. Diese Definition gilt allgemein für eine Arbeit oder Dienstleistung, die von Regierungen oder Behörden sowie von privaten Einrichtungen und Einzelpersonen verlangt wird. Die IAO hat mehrere Indikatoren entwickelt, um Fälle von Zwangsarbeit zu erkennen und aufzuzeigen, wie Drohungen oder tatsächlicher körperlicher Schaden und sexueller Schaden, Ausnutzung der Schutzbedürftigkeit, ausbeuterische Arbeits- und Lebensbedingungen sowie Arbeitszeitüberschreitungen in hohem Maße, Täuschung, Einschränkung der Bewegungsfreiheit oder räumliche Beschränkung auf den Arbeitsplatz oder einen eingeschränkten Bereich, Isolation, Schuldknechtschaft, Einbehaltung von Löhnen oder eine überhöhte***

***Lohnminderung oder Einbehaltung von Pässen und Identitätsdokumenten oder die Androhung einer Anzeige bei den Behörden, wenn der Arbeitnehmer einen irregulären Einwanderungsstatus hat [17b]. Zwangsarbeit steht sehr häufig mit Armut und Diskriminierung in Verbindung. Die Manipulation von Krediten und Schulden, entweder durch Arbeitgeber oder durch Anwerber, ist nach wie vor ein Schlüsselfaktor, durch den schutzlose Arbeitnehmer in die Zwangsarbeitsfalle geraten[17c]. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat wiederholt festgestellt, dass nach Artikel 4 der Europäischen Menschenrechtskonvention anfängliche Zustimmung und Freiwilligkeit hinfällig sind, wenn die Schutzlosigkeit der Person ausgenutzt wird.[17d] Laut den Aufsichtsgremien der IAO stellt Arbeit in Strafanstalten, auch wenn sie für private Unternehmen erbracht wird, an sich keine Zwangsarbeit dar, sofern sie freiwillig zum Nutzen des Häftlings geleistet wird und in etwa die Bedingungen eines freien Arbeitsverhältnisses aufweist. Bei gemeinnütziger Arbeit als alternative strafrechtliche Sanktion zu einer Freiheitsstrafe sollte es sich stets um Tätigkeiten im allgemeinen öffentlichen Interesse handeln, und sie darf vom Staat keinesfalls als Mittel verwendet werden, um die verurteilte Person zu erniedrigen oder sie ihrer Würde zu berauben[17e]. In Fällen, in denen eine Arbeit oder Dienstleistung unter Ausnutzung der Schutzbedürftigkeit des Arbeitnehmers und unter Androhung einer Bestrafung, verlangt werden, muss die Androhung nicht unbedingt strafrechtliche Sanktionen betreffen, sondern kann es sich auch um einen Verlust von Rechten oder Leistungen wie handeln.***

---

16 https://www.ilo.org/global/standards/introduction-to-international-labour-

16 https://www.ilo.org/global/standards/introduction-to-international-labour-

standards/conventions-and-recommendations/lang--en/index.htm

standards/conventions-and-recommendations/lang--en/index.htm

***[16a] Empfehlung der IAO von 2014 betreffend ergänzende Maßnahmen zur effektiven Beseitigung von Zwangsarbeit.***

[17] Definition der IAO von Zwangsarbeit gemäß dem IAO-Übereinkommen Nr. 29 über Zwangsarbeit von 1920, What is forced labour, modern slavery and human trafficking (Forced labour, modern slavery and human trafficking) (ilo.org).

[17] Definition der IAO von Zwangsarbeit gemäß dem IAO-Übereinkommen Nr. 29 über Zwangsarbeit von 1920, What is forced labour, modern slavery and human trafficking (Forced labour, modern slavery and human trafficking) (ilo.org).

***[17a] UNODC (Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung), „Global Report on Trafficking in Persons 2020“, https://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/tip/2021/GLOTiP_2020_15jan_web.pdf***

***IAO (Internationale Arbeitsorganisation), „Global Estimates of Modern Slavery, Forced Labour and Forced Marriage“ 2022, https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---ipec/documents/publication/wcms_854733.pdf***

***IAO (Internationale Arbeitsorganisation), „Profits and Poverty: The Economics of Forced Labour“, 2014, https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---declaration/documents/publication/wcms_243391.pdf***

***[17b]***

***https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---declaration/documents/publication/wcms_203832.pdf***

***[17c] IAO, „Profits and Poverty: The Economics of Forced Labour“, https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---declaration/documents/publication/wcms_243391.pdf***

***[7d] EGMR, Rechtssachen Chowdury und andere/Griechenland (21884/15) sowie Zoletic und andere/ Aserbaidschan (20116/12).***

***[17e]***

***https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_089199.pdf, S. 27***

**Änderungsantrag 2**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (2) Der Einsatz von Zwangsarbeit ist auf der ganzen Welt weitverbreitet. Schätzungen zufolge waren im Jahr 2021 etwa 27,6 Millionen Menschen von Zwangsarbeit betroffen.[18] Bei gefährdeten und marginalisierten Gruppen einer Gesellschaft ist die Gefahr besonders groß, dass sie zu Arbeit gezwungen werden. Auch wenn Menschen nicht vom Staat zu Arbeit gezwungen werden, ist Zwangsarbeit häufig eine Folge von mangelndem verantwortungsvollen Handeln bestimmter Wirtschaftsakteure. | (2) Der Einsatz von Zwangsarbeit ist auf der ganzen Welt weitverbreitet. Schätzungen zufolge waren im Jahr 2021 etwa 27,6 Millionen Menschen von Zwangsarbeit betroffen.[18] Bei gefährdeten und marginalisierten Gruppen einer Gesellschaft***, wie Frauen, Kindern, ethnischen Minderheiten, Menschen mit Behinderungen, Angehörigen einer niedrigeren Kaste, Angehörigen indigener oder in Stämmen lebender Bevölkerungsgruppen sowie Migranten, insbesondere wenn sie keine gültigen Ausweispapiere besitzen, einen prekären Status haben oder in der informellen Wirtschaft tätig sind,*** ist die Gefahr besonders groß, dass sie zu Arbeit gezwungen werden. Auch wenn Menschen nicht vom Staat zu Arbeit gezwungen werden, ist Zwangsarbeit häufig eine Folge von ***fehlendem oder*** mangelndem verantwortungsvollen Handeln bestimmter Wirtschaftsakteure ***und ein Anzeichen für die Unfähigkeit eines Staates, Sozial- und Arbeitnehmerrechte, insbesondere für gefährdete und marginalisierte Gruppen, durchzusetzen. Zwangsarbeit kann auch als Ergebnis der stillschweigenden Zustimmung von Behörden auftreten. Von allen von Zwangsarbeit betroffenen*** |

***Personen sind 11,8 Millionen Frauen und Mädchen. Über 3,3 Millionen aller von Zwangsarbeit betroffenen Menschen sind Kinder. Zwischen 2016 und 2021 stieg die geschätzte Zahl der von Zwangsarbeit betroffenen Menschen um 2,7 Millionen[18a]. Wanderarbeitnehmer, die nicht durch das Gesetz geschützt sind oder ihre Rechte nicht ausüben können, haben ein höheres Risiko, Opfer von Zwangsarbeit zu werden, als andere Arbeitnehmer. Nach Angaben der IAO sind 15 % aller von Zwangsarbeit betroffenen Erwachsenen Wanderarbeitnehmer[18b]. Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte hat festgestellt, dass dies auch innerhalb der Union zutrifft. Ausbeuterische Arbeitgeber nutzen die schwache Position von Wanderarbeitnehmern aus, um sie zu zwingen, endlose Stunden für einen geringen oder gar keinen Lohn zu arbeiten, noch dazu häufig unter gefährlichen Bedingungen und ohne die gesetzlich vorgeschriebene Mindestsicherheitsausrüstung[18c]. In der überwiegenden Mehrheit der Fälle tritt Zwangsarbeit in der Privatwirtschaft auf, insbesondere in der Form einer Ausbeutung durch Zwangsarbeit (17,3 Millionen Menschen), auf die 86 % aller Fälle von Zwangsarbeit entfallen[18d]. Die aus dieser Verordnung erwachsenden Pflichten von Wirtschaftsakteuren sollten vorhersehbar und klar sein, damit ihre vollständige und wirksame Erfüllung gewährleistet und ein Beitrag geleistet wird, um Zwangsarbeit ein Ende zu setzen.***

---

[18] The 2021 Global Estimates of Modern Slavery, https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---ipec/documents/publication/wcms_854733.pdf

---

[18] The 2021 Global Estimates of Modern Slavery, https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---ipec/documents/publication/wcms_854733.pdf

***[18a] „Global Estimates of Modern Slavery“,***

*2021, https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---ipec/documents/publication/wcms_854733.pdf*

*[18b] „Global Estimates of Modern Slavery", 2021 https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---ipec/documents/publication/wcms_854733.pdf*

*[18c] https://fra.europa.eu/en/content/protecting-migrant-workers-exploitation-fra-opinions*

*[18d] „Global Estimates of Modern Slavery", 2021 https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---ipec/documents/publication/wcms_854733.pdf*

**Änderungsantrag 3**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 2 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(2a) Das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) kam zu dem Schluss, dass die Volksrepublik China (VR China) in der von der Volksrepublik China als das Uigurische Autonome Gebiet Xinjiang (XUAR) bezeichneten Region schwere Menschenrechtsverletzungen gegen die Uiguren und andere überwiegend muslimische Gemeinschaften begangen hat. Dies umfasse Folter, sexuelle Gewalt, Misshandlung, erzwungene medizinische Behandlung sowie Zwangsarbeit und Berichte von Todesfällen in Haft, die in Lagern und anderen Hafteinrichtungen aufgetreten seien.*** |

**Änderungsantrag 4**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (3) Die Beseitigung der Zwangsarbeit stellt eine Priorität für die Union dar. Die Achtung der Menschenwürde sowie die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte sind in Artikel 21 des Vertrags über die Europäische Union fest verankert. ***In*** Artikel 5 ***Absatz 2*** der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und Artikel 4 der Europäischen Menschenrechtskonvention ist vorgesehen, dass niemand gezwungen werden darf, Zwangs- oder Pflichtarbeit zu verrichten. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Artikel 4 der Europäischen Menschenrechtskonvention wiederholt dahin gehend ausgelegt, dass die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, jede Handlung, aufgrund derer eine Person in den in Artikel 4 der Europäischen Menschenrechtskonvention beschriebenen Situationen verbleibt, zu bestrafen und wirksam zu verfolgen.[19] | (3) ***In den Bereichen verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln sowie Wirtschaft und Menschenrechte strebt die Union eine weltweite Führungsrolle an. Das Verbot des Einsatzes aller Formen von Zwangs- und Pflichtarbeit wird als zwingende Norm des Völkerrechts[18a] angesehen, die ausnahmslos gilt.*** Die Beseitigung der Zwangsarbeit stellt ***deshalb*** eine Priorität für die Union dar***, die sich aus ihren Grundsätzen und internationalen Menschenrechtsverpflichtungen ergibt***. Die Achtung der Menschenwürde sowie die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte sind ***auch*** in Artikel 21 des Vertrags über die Europäische Union fest verankert. ***Die Verhinderung und Beseitigung von Zwangsarbeit, einschließlich Kinderarbeit, sind Voraussetzungen für die Außenhandels- und Wirtschaftsbeziehungen der Union. Nach*** Artikel 5 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union ***sind Sklaverei, Leibeigenschaft, Zwangs- und Pflichtarbeit und Menschenhandel ausdrücklich verboten,*** und ***in*** Artikel 4 der Europäischen Menschenrechtskonvention ist vorgesehen, dass niemand gezwungen werden darf, Zwangs- oder Pflichtarbeit zu verrichten. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Artikel 4 der Europäischen Menschenrechtskonvention wiederholt dahin gehend ausgelegt, dass die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, jede Handlung, aufgrund derer eine Person in den in Artikel 4 der Europäischen Menschenrechtskonvention beschriebenen |

| | |
|---|---|
| | Situationen verbleibt, zu bestrafen und wirksam zu verfolgen.[19] ***In der Charta der Grundrechte werden in Artikel 31 das Recht jedes Arbeitnehmers auf gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen, bei denen seine Gesundheit, Sicherheit und Würde gewahrt werden, und in Artikel 47 das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein faires Verfahren anerkannt. Gemäß der Europäischen Sozialcharta (1961) und der Revidierten Europäischen Sozialcharta (1996) müssen die Vertragsparteien das Recht des Arbeitnehmers wirksam schützen, den eigenen Lebensunterhalt durch eine frei übernommene Tätigkeit zu verdienen. Darüber hinaus hat das Europäische Parlament in seinen Entschließungen Zwangsarbeit scharf verurteilt und ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten gefordert, insbesondere im Hinblick auf die Praktiken der Volksrepublik China.[19b]*** |
| | ***[18a] https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/Publications/slaveryen.pdf*** |
| [19] Siehe z. B. Siliadin/Frankreich, Rn. 89 und 102, oder Chowdury und andere/ Griechenland, Rn. 105. | [19] Siehe z. B. Siliadin/Frankreich, Rn. 89 und 102, oder Chowdury und andere/ Griechenland, Rn. 105. |
| | ***[19b] Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. Juni 2022 zu einem neuen Instrument zum Verbot von Produkten, die in Zwangsarbeit hergestellt wurden*; *Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2020 zu Zwangsarbeit und der Lage der Uiguren im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang*.** |

**Änderungsantrag 5**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 4**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
| --- | --- |
| (4) Alle Mitgliedstaaten haben die grundlegenden IAO-Übereinkommen über Zwangsarbeit und Kinderarbeit ratifiziert.[20] Daher sind sie rechtlich verpflichtet, den Einsatz von Zwangsarbeit zu verhindern und diese zu beseitigen und der IAO regelmäßig Bericht zu erstatten. | (4) Alle Mitgliedstaaten haben die grundlegenden IAO-Übereinkommen über Zwangsarbeit und Kinderarbeit ratifiziert. [20] Daher sind sie rechtlich verpflichtet, den Einsatz von Zwangsarbeit zu verhindern und diese zu beseitigen und der IAO regelmäßig Bericht zu erstatten. ***Allerdings gibt es Mitgliedstaaten, die das Protokoll zum IAO-Übereinkommen Nr. 29 noch nicht ratifiziert haben, obwohl der Rat Beschlüsse gefasst hat, in denen die Mitgliedstaaten zur Ratifizierung und Umsetzung aufgefordert werden[20a]. Nach Schätzungen der IAO sind 880 000 Menschen in der Union von Zwangsarbeit betroffen, was die unter anderem mit Einfuhren der Union aus der übrigen Welt verbundene Zwangsarbeit noch nicht einschließt.[20b] Zudem gibt es nach wie vor Defizite bei der Umsetzung der grundlegenden IAO-Übereinkommen.[20c] Die Mitgliedstaaten müssen die Übereinkommen uneingeschränkt anwenden und das gesamte die Bekämpfung von Zwangsarbeit, von Verletzungen der Arbeitnehmerrechte und von Menschenhandel betreffende Unionsrecht ordnungsgemäß in nationales Recht umsetzen, um das Einfuhr- und Ausfuhrverbot von Produkten oder Dienstleistungen, die in Zwangsarbeit hergestellt bzw. erbracht wurden, durchzusetzen. Mit dieser Verordnung sollen die Mitgliedstaaten rechtlich verpflichtet werden, den Einsatz von Zwangsarbeit zu verhindern und diese zu beseitigen, den Opfern Schutz und Zugang zu Rechtsbehelfen und wirksamer Wiedergutmachung, wie etwa Entschädigungen, zu bieten, und die Nichteinhaltung mit den in Artikel 6 Absatz 4 genannten Entscheidungen zu bestrafen. Der IAO zufolge zählen Wiedergutmachungsmaßnahmen nach wie vor zu den wichtigsten politischen Prioritäten bei der Bekämpfung von*** |

***Zwangsarbeit. In dieser Hinsicht ist im Protokoll zum IAO-Übereinkommen Nr. 29 vorgesehen, dass alle Opfer von Zwangs- oder Pflichtarbeit ungeachtet ihrer Anwesenheit oder ihres Rechtsstatus im nationalen Hoheitsgebiet Zugang zu geeigneten und wirksamen Rechtsbehelfen, wie zum Beispiel Entschädigungen, haben sollten. In der dritten Säule der Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte ist vorgesehen, dass Wiedergutmachung ein grundlegendes Recht ist und Entschuldigungen, Rückgabe, Rehabilitierung, finanzielle oder nichtfinanzielle Entschädigung und Strafmaßnahmen (strafrechtlicher oder verwaltungsrechtlicher Art, etwa Geldstrafen und Geldbußen) sowie die Abwendung von Schäden, zum Beispiel durch Verfügungen zur Unterlassung oder Garantien der Nichtwiederholung umfassen kann.***

---

20 https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---europe/---ro-geneva/---ilo-brussels/documents/publication/wcms_195135.pdf

20 https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---europe/---ro-geneva/---ilo-brussels/documents/publication/wcms_195135.pdf

***[20a] Beschluss (EU) 2015/2071 des Rates vom 10. November 2015 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, das Protokoll von 2014 zum Übereinkommen über Zwangs- oder Pflichtarbeit, 1930, der Internationalen Arbeitsorganisation hinsichtlich der Artikel 1 bis 4 des Protokolls im Hinblick auf Fragen im Zusammenhang mit der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen im Interesse der Europäischen Union zu ratifizieren (ABl. L 301 vom 18.11.2015, S. 47) und Beschluss (EU) 2015/2037 des Rates vom 10. November 2015 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, das Protokoll von 2014 zum Übereinkommen über Zwangs- oder Pflichtarbeit, 1930, der Internationalen Arbeitsorganisation***

***im Hinblick auf Fragen im Zusammenhang mit der Sozialpolitik im Interesse der Europäischen Union zu ratifizieren (ABl. L 298 vom 14.11.2015, S. 23).***

***[20b] „ILO 2012 Global Estimate of Forced Labour“: https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---europe/---ro-geneva/---ilo-brussels/documents/genericdocument/wcms_184975.pdf***

***[20c] Die Bemerkungen der Aufsichtsgremien der IAO zur Anwendung der Übereinkommen über Zwangsarbeit sind abrufbar unter: https://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=1000:20010:::NO:::***

**Änderungsantrag 6**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 5**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (5) Im Rahmen ihrer politischen Maßnahmen und legislativen Initiativen ***strebt*** die Union ***danach***, dem Einsatz von Zwangsarbeit ein Ende zu setzen. Im Einklang mit internationalen Leitlinien und Grundsätzen, die von internationalen Organisationen wie der IAO, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (im Folgenden „OECD“) und den Vereinten Nationen (im Folgenden „VN“) aufgestellt wurden, fördert die Union Sorgfaltspflichten, um dafür zu sorgen, dass Zwangsarbeit in den Wertschöpfungsketten von in der Union ansässigen Unternehmen ***keinen*** Platz hat. | (5) Im Rahmen ihrer politischen Maßnahmen und legislativen Initiativen ***muss*** die Union ***ihre Bemühungen darum verstärken***, dem Einsatz von Zwangsarbeit ein Ende zu setzen. ***Die Beseitigung von Kinderarbeit und Zwangsarbeit steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Förderung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen, Sozialschutz, sozialem Dialog, Vereinigungsfreiheit, Tarifverhandlungen, dem Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren und Kollektivmaßnahmen zu ergreifen, und nachhaltigem unternehmerischen Handeln. Die Beendigung von Zwangsarbeit bedeutet nicht, dass als erstes Mittel die Geschäftsbeziehungen deswegen aufgekündigt werden.*** Im Einklang mit internationalen Leitlinien und Grundsätzen, die von internationalen Organisationen wie der IAO, der Organisation für wirtschaftliche |

Zusammenarbeit und Entwicklung (im Folgenden „OECD“) und den Vereinten Nationen (im Folgenden „VN“) aufgestellt wurden, fördert die Union***, auch im Wege durchsetzbarer Rechtsvorschriften,*** Sorgfaltspflichten, um dafür zu sorgen, dass Zwangsarbeit ***weder*** in den Wertschöpfungsketten von in der Union ansässigen Unternehmen ***noch in den Waren und Dienstleistungen, die in der Union bereitgestellt werden sollen, einen*** Platz hat. ***Die Leitlinien der IAO[1a] enthalten umfassende Informationen, Instrumente und Datensammlungen zur Bekämpfung von Zwangsarbeit von Erwachsenen und Kindern sowie sektorspezifische Leitlinien, die für die Erkennung von Risiken bezüglich der eigenen Geschäftstätigkeit und Wertschöpfungsketten berücksichtigt werden sollten. Bei der Umsetzung von Rechtsvorschriften und politischen Maßnahmen zur Beseitigung der Zwangsarbeit sollte die Union die einschlägigen Daten unverzüglich zur Verfügung stellen. Zur wirksamen Bekämpfung der Zwangsarbeit ist es tatsächlich entscheidend, den Ursprung des Produkts sowie seine Lager- und Beförderungspunkte und die Wirtschaftsakteure entlang seiner Wertschöpfungskette zu ermitteln. In diesem Zusammenhang sind Informationen der Zollbehörden entscheidende Risikoindikatoren, da Zwangsarbeit in allen Regionen der Welt existiert. Die meisten Opfer von Zwangsarbeit gibt es in Asien, werden die Opfer von Zwangsarbeit hingegen im Verhältnis zur Bevölkerung berechnet, weist die MENA-Region die höchste Zahl von Opfern auf[1b].***

---

***[1a] https://ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---declaration/documents/publication/wcms_182096.pdf***

*[1b] Die MENA-Region umfasst folgende Länder und Gebiete: Bahrain, Irak, Jordanien, Kuwait, Libanon, die besetzten palästinensischen Gebiete, Oman, Katar, Saudi-Arabien, die Arabische Republik Syrien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Jemen. IAO, „Global Estimates of Modern Slavery", 2021: https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---ipec/documents/publication/wcms_854733.pdf*

**Änderungsantrag 7**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 5 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(5a) Mit dieser Verordnung wird durch das Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten und unter Einsatz von Zwangsarbeit erbrachten Dienstleistungen ein zusätzliches wirtschaftliches Instrument zur weltweiten Verhinderung und Beseitigung von Zwangsarbeit geschaffen. Zusätzlich zu diesen wirtschaftlichen Instrumenten verfügt die Union über bestehende ergänzende Rechtsrahmen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen, die Menschenwürde jedes Menschen zu wahren und die Ursachen von Zwangsarbeit, einschließlich Kinderarbeit, zu bekämpfen, unter anderem das Problem der wirtschaftlichen Ausbeutung, der Armut, der systematischen Diskriminierung und des Fehlens regulärer und angemessener Wege der Arbeitsmigration; auf der Ebene der Wirtschaftsakteure gehören hierzu Preise unterhalb der Produktionskosten, das Fehlen angemessener und existenzsichernder Löhne sowie ganz allgemein alle unlauteren Einkaufspraktiken der*** |

***Wirtschaftsakteure[1a].***

***[1a] https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---ipec/documents/publication/wcms_854733.pdf und https://respect.international/wp-content/uploads/2018/06/The-Global-Business-of-Forced-Labour-Report-of-Findings-University-of-Sheffield-2018.pdf***

**Änderungsantrag 8**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 5 b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(5b) Eine sinnvolle Einbeziehung der Interessenträger ist von wesentlicher Bedeutung, um Zwangsarbeit zu bekämpfen. Sie umfasst die Zusammenarbeit der Wirtschaftsakteure mit den einschlägigen Interessenträgern, damit sie die Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit auf deren Interessen verstehen. Sie umfasst darüber hinaus den Austausch der zuständigen Behörden mit den Interessenträgern, bevor diese Entscheidungen treffen, die sich auf die Interessenträger auswirken können, sowie die Berücksichtigung der Interessen der Interessenträger. Dies schließt auch die rechtzeitige Bereitstellung sämtlicher Informationen ein, die alle einschlägigen Interessenträger benötigen, um sich ein fundiertes Urteil darüber bilden zu können, wie sich die Entscheidung auf sie auswirken könnte, und umfasst die Umsetzung der vereinbarten Verpflichtungen.*** |

**Änderungsantrag 9**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 17**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (17) Das Verbot sollte einen Beitrag zu den internationalen Bemühungen um die Beseitigung der Zwangsarbeit leisten. Die Definition von „Zwangsarbeit“ sollte daher an die im IAO-Übereinkommen Nr. 29 enthaltene Definition angepasst werden. Die Definition von „von staatlichen Behörden auferlegte Zwangsarbeit“ sollte sich am IAO-Übereinkommen Nr. 105 orientieren, gemäß dem der Einsatz von Zwangsarbeit als Strafe für die Äußerung gewisser politischer Ansichten, für Zwecke der wirtschaftlichen Entwicklung, als Maßnahme der Arbeitsdisziplin, als Strafe für die Teilnahme an Streiks oder als Maßnahme rassischer, sozialer, nationaler oder religiöser Diskriminierung ausdrücklich untersagt ist***.***[31] | (17) ***Das Marktverbot, durch das ein Ein- und Ausfuhrverbot für in Zwangsarbeit hergestellte Produkte und erbrachte Dienstleistungen ermöglicht wird,*** sollte einen Beitrag zu den internationalen Bemühungen um die Beseitigung der Zwangsarbeit leisten. Die Definition von „Zwangsarbeit“ sollte daher an die im IAO-Übereinkommen Nr. 29 enthaltene Definition angepasst werden. Die Definition von „von staatlichen Behörden auferlegte Zwangsarbeit“ sollte sich am IAO-Übereinkommen Nr. 105 orientieren, gemäß dem der Einsatz von Zwangsarbeit als Strafe für die Äußerung gewisser politischer Ansichten, für Zwecke der wirtschaftlichen Entwicklung, als Maßnahme der Arbeitsdisziplin, als Strafe für die Teilnahme an Streiks oder als Maßnahme rassischer, sozialer, nationaler oder religiöser Diskriminierung ausdrücklich untersagt ist[31]***. Artikel 3 Buchstabe a des IAO-Übereinkommens Nr. 182 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit bezieht sich auf alle Formen der Sklaverei oder alle sklavereiähnlichen Praktiken, wie den Verkauf von Kindern und den Kinderhandel, Schuldknechtschaft und Leibeigenschaft sowie Zwangs- oder Pflichtarbeit, einschließlich der Zwangs- oder Pflichtrekrutierung von Kindern für den Einsatz in bewaffneten Konflikten. Nach dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen dürfen Menschen mit Behinderungen keiner Zwangsarbeit unterworfen werden und müssen sie gleichberechtigt mit anderen vor Zwangs- oder Pflichtarbeit geschützt werden. Der Grundsatz der Gleichbehandlung muss auch in Werkstätten für behinderte*** |

***Menschen gelten. Wenn Produkte oder Dienstleistungen aus geografischen Gebieten, Produktionsstätten oder wirtschaftlichen Tätigkeiten in gewissen Sektoren in spezifischen Gebieten, in denen Praktiken der Zwangsarbeit systematisch eingesetzt werden und weitverbreitet sind, stammen, die in der Datenbank nach Artikel 11 dieser Verordnung geführt werden, sollten die zuständigen Behörden annehmen, dass sie unter Einsatz von Zwangsarbeit hergestellt oder erbracht wurden. In diesen Fällen obliegt es dem betreffenden Wirtschaftsakteur nachzuweisen, dass sein Produkt oder seine Dienstleistung ohne Einsatz von Zwangsarbeit hergestellt bzw. erbracht wurde und dass im Fall einer Entscheidung nach Artikel 6 Absatz 4 jeglicher Einsatz von Zwangsarbeit beendet wurde. In allen Fällen sollten die zuständigen Behörden sicherstellen, dass die Beweislast nicht unverhältnismäßig hoch ist. Die Kommission sollte sich nach Einbeziehung der einschlägigen Experten, einschließlich der IAO, OECD, des EAD, der Sozialpartner und Zivilgesellschaft, an den Bemühungen zur Beseitigung der Zwangsarbeit beteiligen, indem sie in der Datenbank gemäß Artikel 11 dieser Verordnung regelmäßig aktualisierte Informationen über die Zwangsarbeitsrisiken in bestimmen geografischen Gebieten, Produktionsstätten und wirtschaftlichen Tätigkeiten in gewissen Sektoren in spezifischen Gebieten bereitstellt. Die Datenbank sollte klar und transparent sein, damit die Wirtschaftsakteure, insbesondere KMU und Kleinstunternehmen, diese Angaben für ihre Sorgfaltspflicht heranziehen können. Diese Daten sollten für die Öffentlichkeit frei und leicht zugänglich sein sowie in einem Format vorliegen, das auch für Menschen mit Behinderungen zugänglich ist, und in allen Arbeitssprachen der***

| | |
|---|---|
| | ***Union verfügbar sein.*** |
| [31] What is forced labour, modern slavery and human trafficking (Forced labour, modern slavery and human trafficking) (ilo.org) und die darin genannten IAO-Übereinkommen Nr. 29 und Nr. 105. | [31] What is forced labour, modern slavery and human trafficking (Forced labour, modern slavery and human trafficking) (ilo.org) und die darin genannten IAO-Übereinkommen Nr. 29 und Nr. 105. |

**Änderungsantrag 10**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe a**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (a) „Zwangsarbeit“ ***Zwangs- oder Pflichtarbeit im Sinne des Artikels*** 2 des Übereinkommens Nr. 29 der Internationalen Arbeitsorganisation von 1930 über Zwangs- oder Pflichtarbeit, einschließlich Kinderzwangsarbeit; | (a) „Zwangsarbeit“ ***jede Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung einer Strafe verlangt wird und für die sich diese Person nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat, gemäß Artikel*** 2 des Übereinkommens Nr. 29 der Internationalen Arbeitsorganisation von 1930 über Zwangs- oder Pflichtarbeit, einschließlich Kinderzwangsarbeit; ***wobei Zwangsarbeit entlang der Wertschöpfungskette auftreten kann;*** |

**Änderungsantrag 11**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe b**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (b) „von staatlichen Behörden auferlegte Zwangsarbeit“ den Einsatz von Zwangsarbeit ***im Sinne des Artikels*** 1 des Übereinkommens Nr. 105 der Internationalen Arbeitsorganisation von 1957 über die Abschaffung der Zwangsarbeit; | (b) „von staatlichen Behörden auferlegte Zwangsarbeit“ den Einsatz von Zwangsarbeit***:*** |
| | ***i) als Mittel politischen Zwanges oder politischer Erziehung oder als Strafe gegenüber Personen, die bestimmte politische Ansichten vertreten oder*** |

| | |
|---|---|
| | ***äußern oder die bestehende politische, soziale oder wirtschaftliche Ordnung aus ideologischen Gründen ablehnen,*** |
| | ***ii) als Methode der Rekrutierung und Verwendung von Arbeitskräften für Zwecke der wirtschaftlichen Entwicklung;*** |
| | ***iii) als Maßnahme der Arbeitsdisziplin;*** |
| | ***iv) als Strafe für die Teilnahme an Streiks;*** |
| | ***v) als Maßnahme der Rassendiskriminierung bzw. der Diskriminierung aus sozialen, nationalen oder religiösen Gründen;*** |
| | ***gemäß Artikel*** 1 des Übereinkommens Nr. 105 der Internationalen Arbeitsorganisation von 1957 über die Abschaffung der Zwangsarbeit; |

**Änderungsantrag 12**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe c**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (c) „Sorgfaltspflichten in Bezug auf Zwangsarbeit“ die Bemühungen der Wirtschaftsakteure, verbindliche Anforderungen***, freiwillige Leitlinien***, Empfehlungen oder Praktiken umzusetzen, die dazu dienen, den Einsatz von Zwangsarbeit bei Produkten***, die auf dem Unionsmarkt bereitgestellt oder ausgeführt werden sollen,*** zu ermitteln, zu verhindern, ***zu minimieren oder*** zu beenden; | (c) „Sorgfaltspflichten in Bezug auf Zwangsarbeit“ die Bemühungen der Wirtschaftsakteure, verbindliche Anforderungen ***im Einklang mit den geltenden Rechtsvorschriften der Union und nationalen Rechtsvorschriften***, Empfehlungen oder Praktiken ***im Einklang mit internationalen Standards und freiwillige Leitlinien zur Ergänzung Ersterer*** umzusetzen, die dazu dienen, den Einsatz von Zwangsarbeit bei Produkten ***und Dienstleistungen*** zu ermitteln, zu verhindern, zu beenden ***und diesbezüglich Abhilfe zu schaffen, wobei die Beendigung von Zwangsarbeit nicht bedeutet, dass als erstes Mittel die Geschäftsbeziehungen deswegen aufgekündigt werden***; |

**Änderungsantrag 13**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 4 – Absatz 3 – Buchstabe c**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (c) der Leitlinien oder Empfehlungen der Vereinten Nationen, der IAO, der OECD oder anderer einschlägiger internationaler Organisationen zur Sorgfaltspflicht; | (c) der Leitlinien oder Empfehlungen der Vereinten Nationen, der IAO, der OECD oder anderer einschlägiger internationaler Organisationen ***und der Sozialpartner*** zur Sorgfaltspflicht ***insbesondere die Leitlinien und Empfehlungen, die sich auf geografische Gebiete, Produktionsstätten und wirtschaftliche Tätigkeiten in gewissen Sektoren in spezifischen Gebieten, in denen Praktiken der Zwangsarbeit systematisch eingesetzt werden und weitverbreitet sind, beziehen;*** |

**Änderungsantrag 14**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 10 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***Artikel 10a*** |
| | ***Wiedergutmachung*** |
| | ***1. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Opfer bei Verstößen gegen Artikel 3 Zugang zu Rechtsbehelfen und wirksamer Wiedergutmachung erhalten.*** |
| | ***2. Nachdem eine Entscheidung über ein Gebot gemäß Artikel 6 ergangen ist, wird von den zuständigen Behörden nach Einbeziehung der Opfer und anderer einschlägiger Interessenträger, wie Opfervertreter, Arbeitnehmervertreter und Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft, die Wiedergutmachung bestimmt. Die Wirtschaftsakteure entwickeln mit Unterstützung der zuständigen Behörden zudem*** |

***Maßnahmen, um ein künftiges erneutes Auftreten zu vermeiden.***

***3. Für die Aufhebung der gemäß Artikel 6 ergangenen Entscheidung müssen der zuständigen Behörde Nachweise über eine Wiedergutmachung vorgelegt werden.***

**Änderungsantrag 15**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 10 b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***Artikel 10b*** |
| | ***Gleichwertige Verpflichtung, die aus anderen einschlägigen Rechtsvorschriften der Union erwächst*** |
| | ***Wenn ein Wirtschaftsakteur im Einklang mit gleichwertigen Verpflichtungen, die aus anderen einschlägigen Rechtsvorschriften der Union erwachsen, seine Pflicht, Zwangsarbeit zu ermitteln, zu verhindern, zu beenden und diesbezüglich Abhilfe zu schaffen, bezüglich der zu untersuchenden Produkte und Dienstleistungen bereits erfüllt hat, sollten die Informationen über diese Maßnahmen den zuständigen Behörden bereitgestellt werden. Die Pflicht des Wirtschaftsakteurs, Informationen über die bezüglich Zwangsarbeit im Rahmen dieser Verordnung ergriffenen Maßnahmen bereitzustellen, gilt mit der Bereitstellung solcher Informationen als erfüllt. Die Wirtschaftsakteure arbeiten während des Untersuchungs- und Entscheidungsverfahrens gemäß den Artikeln 4 bis 6 weiter mit den zuständigen Behörden zusammen und stellen gegebenenfalls weitere Informationen zur Verfügung.*** |

**Änderungsantrag 16**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 11 – Überschrift**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Datenbank für Bereiche ***und*** Produkte mit Zwangsarbeitsrisiko | Datenbank für Bereiche***,*** Produkte ***und Dienstleistungen*** mit Zwangsarbeitsrisiko |

**Änderungsantrag 17**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 11 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 1. Die Kommission ***greift auf externe Experten zurück, um*** eine zur Orientierung dienende, keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebende, ***überprüfbare*** und regelmäßig aktualisierte Datenbank über das Zwangsarbeitsrisiko, einschließlich bei von staatlichen Behörden auferlegter Zwangsarbeit, in bestimmten geografischen Gebieten ***oder*** in Bezug auf bestimmte Produkte ***bereitzustellen***. Die Datenbank stützt sich auf die Leitlinien nach Artikel 23 Buchstaben a, b und c sowie auf einschlägige externe Informationsquellen, unter anderem von internationalen Organisationen und Behörden von Drittländern. | 1. Die Kommission ***stellt nach Einbeziehung einschlägiger Experten, einschließlich der IAO, der OECD, des EAD, der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft,*** eine zur Orientierung dienende, keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebende, ***faktengestützte*** und regelmäßig aktualisierte Datenbank über das Zwangsarbeitsrisiko, einschließlich bei von staatlichen Behörden auferlegter Zwangsarbeit, in bestimmten geografischen Gebieten***, Produktionsstätten und wirtschaftlichen Tätigkeiten in gewissen Sektoren in spezifischen Gebieten*** in Bezug auf bestimmte Produkte ***und Dienstleistungen bereit***.<br><br>***Die Kommission und die gemäß Artikel 12 benannten zuständigen Behörden nehmen an, dass in der Datenbank erfasste Produkte oder Dienstleistungen, die aus geografischen Gebieten, Produktionsstätten oder wirtschaftlichen Tätigkeiten in gewissen Sektoren in spezifischen Gebieten stammen, in denen Praktiken der Zwangsarbeit systematisch eingesetzt werden und weitverbreitet sind, unter Einsatz von Zwangsarbeit hergestellt oder erbracht wurden. Es obliegt dem betreffenden*** |

***Wirtschaftsakteur nachzuweisen, dass sein Produkt oder seine Dienstleistung ohne Einsatz von Zwangsarbeit hergestellt oder erbracht wurde. Für die Anwendung der Vermutung umfasst die Datenbank eine spezielle Liste mit faktengestützten Informationen.***

***In allen Fällen stellen die zuständigen Behörden sicher, dass die Beweislast nicht unverhältnismäßig hoch ist.***

Die Datenbank stützt sich auf die Leitlinien nach Artikel 23 Buchstaben a, b und c***, die umfassend sein sollten und unverzüglich, spätestens jedoch sechs Monate nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung herausgegeben werden sollten,*** sowie auf einschlägige externe Informationsquellen, unter anderem von internationalen Organisationen und Behörden von Drittländern***, wie die Länder der Europäischen Freihandelsassoziation oder Bewerberländer sowie die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft***.

***Die Datenbank muss klar und transparent sein, damit die Wirtschaftsakteure, insbesondere KMU und Kleinstunternehmen, diese Angaben für ihre Sorgfaltspflicht heranziehen können. Diese Daten sind für die Öffentlichkeit frei und leicht zugänglich und liegen in einem Format vor, das auch für Menschen mit Behinderungen zugänglich ist. In die Datenbank werden Informationen der Zollbehörden bezüglich der betreffenden Produkte oder Dienstleistungen aufgenommen, wie etwa die Herkunft, Lagerorte und Punkte der Beförderungswege.***

***Die Kommission stellt sicher, dass die Datenbank nutzerfreundlich ist und zu keinem unnötigen Verwaltungsaufwand für die Wirtschaftsakteure führt.***

**Änderungsantrag 18**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 11 – Absatz 1 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***1a. Die Datenbank umfasst zudem eine aktuelle Liste der Wirtschaftsakteure sowie der von einer Entscheidung gemäß Artikel 6 Absatz 4 betroffenen Produkte oder Dienstleistungen.*** |
| | ***Ferner müssen Löschungen von Wirtschaftsakteuren, Produkten oder Dienstleistungen in der Datenbank unverzüglich angezeigt werden. Alle vorherigen Entscheidungen der zuständigen Behörden bezüglich eines Marktverbots und seiner Aufhebung werden archiviert.*** |

**Änderungsantrag 19**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 24 – Absatz 2 – Unterabsatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 2. Das Netzwerk setzt sich aus Vertretern der zuständigen Behörden der einzelnen Mitgliedstaaten, Vertretern der Kommission und gegebenenfalls Sachverständigen der Zollbehörden zusammen. | 2. Das Netzwerk ***wird von der Kommission organisiert und steht unter ihrer Leitung und*** setzt sich aus Vertretern der zuständigen Behörden der einzelnen Mitgliedstaaten, Vertretern der Kommission und gegebenenfalls Sachverständigen der Zollbehörden zusammen. |

**Änderungsantrag 20**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 24 – Absatz 2 - Unterabsatz 1 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***Ein vom Europäischen Parlament ernannter unabhängiger Sachverständiger nimmt an dem Netzwerk als Beobachter teil.*** |

**Änderungsantrag 21**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 24 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***Die branchenübergreifenden Organisationen der Sozialpartner auf Unionsebene mit einer paritätischen Vertretung von Gewerkschafts- und Arbeitgeberorganisationen können vier Vertreter als Beobachter für das Netzwerk benennen.*** |

**Änderungsantrag 22**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 24 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 c (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***Gegebenenfalls können auch die folgenden Interessenträger eingeladen werden, als Beobachter teilzunehmen:*** |
| | ***– Vertreter der Europäischen Arbeitsbehörde,*** |
| | ***– Vertreter der Agentur für Grundrechte,*** |
| | ***– Vertreter der Delegationen der Union und anderer einschlägiger Einrichtungen der Union,*** |
| | ***– Vertreter der Behörden von Drittländern,*** |
| | ***– Vertreter der Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation, der am Binnenmarkt beteiligten Länder oder der Bewerberländer,*** |
| | ***– Vertreter von Organisationen der Zivilgesellschaft und andere einschlägige Experten.*** |

**Änderungsantrag 23**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 24 – Absatz 3 – Buchstabe b**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (b) Es führt gemeinsame Untersuchungen durch. | (b) Es führt gemeinsame Untersuchungen ***innerhalb der Union und in Drittländern*** durch***, sofern die betreffenden Wirtschaftsakteure ihre Zustimmung erteilen und die Regierung des Mitgliedstaats oder Drittlands, in dem die Überprüfungen stattfinden sollen, offiziell unterrichtet wurde und keine Einwände erhoben hat.*** |

**Änderungsantrag 24**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 24 – Absatz 3 – Buchstabe b a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(ba) Es gibt Studien in Auftrag und überwacht Fälle weitverbreiteter und systemisch eingesetzter Praktiken der Zwangsarbeit.*** |

**Änderungsantrag 25**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 24 – Absatz 3 – Buchstabe d**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (d) ***Es trägt zur Ausarbeitung von*** Leitlinien für die wirksame und einheitliche Anwendung dieser Verordnung ***bei***. | (d) ***Es erarbeitet*** Leitlinien für die wirksame und einheitliche Anwendung dieser Verordnung ***und überwacht ihre Anwendung, indem es Diskrepanzen ermittelt und behebt***; |

**Änderungsantrag 26**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 24 – Absatz 3 – Buchstabe e a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(ea) Es teilt Informationen, auch über die Ursachen von Zwangsarbeit, und unterbreitet der Kommission und anderen einschlägigen Stellen der Union Empfehlungen, sofern Praktiken der Zwangsarbeit festgestellt werden;*** |

**Änderungsantrag 27**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 24 – Absatz 3 Buchstabe f**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (f) Es fördert die Zusammenarbeit und den Austausch von Fachwissen und über bewährte Verfahren zwischen den zuständigen Behörden und den Zollbehörden. | (f) (Betrifft nicht die deutsche Fassung.) |

**Änderungsantrag 28**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 24 – Absatz 3 – Buchstabe f a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(fa) Es fördert die Zusammenarbeit und den Austausch von Fachwissen und über bewährte Verfahren mit den zuständigen Behörden in Drittländern, internationalen Organisationen und anderen Akteuren.*** |

**Änderungsantrag 29**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 24 – Absatz 3 – Buchstabe f b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|

***(fb) Es überwacht die Wiedergutmachung in Bezug auf Zwangsarbeit.***

**Änderungsantrag 30**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 24 – Absatz 3 – Buchstabe f c (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(fc) Es überwacht die Umleitung von Produkten, deren Überlassung zum zollrechtlich freien Verkehr oder deren Ausfuhr verweigert wurde, was im öffentlichen Interesse eingesetzt werden soll.*** |

**Änderungsantrag 31**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 24 – Absatz 3 – Buchstabe f d (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(fd) Es richtet eine Kontaktstelle ein, um die Möglichkeit zu bieten, Informationen bezüglich angeblicher oder mutmaßlicher Verstöße gegen Artikel 3 zu melden und Verfahren zur Nachverfolgung einzurichten, mit denen die Koordinierung während der Befassung erleichtert wird.*** |

**Änderungsantrag 32**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 24 – Absatz 4**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 4. Die Kommission unterstützt und fördert die Zusammenarbeit zwischen den mit der Durchsetzung betrauten Behörden über das Netzwerk ***und nimmt an den*** | 4. Die Kommission unterstützt und fördert die Zusammenarbeit zwischen den mit der Durchsetzung betrauten Behörden über das Netzwerk***.*** |

***Sitzungen des Netzwerks teil***.

**Änderungsantrag 33**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 24 – Absatz 4 - Unterabsatz 1 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***Die Kommission sorgt für das Sekretariat des Netzwerks und stellt die geeigneten Ressourcen zur Verfügung, um das wirksame Funktionieren des Netzwerks entsprechend seiner Ziele sicherzustellen***. |

## VERFAHREN DES MITBERATENDEN AUSSCHUSSES

| | |
|---|---|
| **Titel** | Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt |
| **Bezugsdokumente – Verfahrensnummer** | COM(2022)0453 – C9-0307/2022 – 2022/0269(COD) |
| **Federführende Ausschüsse**<br>Datum der Bekanntgabe im Plenum | INTA IMCO<br>6.10.2022 6.10.2022 |
| **Stellungnahme von**<br>Datum der Bekanntgabe im Plenum | EMPL<br>6.10.2022 |
| **Assoziierte Ausschüsse – Datum der Bekanntgabe im Plenum** | 16.3.2023 |
| **Verfasser der Stellungnahme**<br>Datum der Benennung | Mounir Satouri<br>30.11.2022 |
| **Artikel 58 – Gemeinsames Ausschussverfahren**<br>Datum der Bekanntgabe im Plenum | 16.3.2023 |
| **Prüfung im Ausschuss** | 26.4.2023 |
| **Datum der Annahme** | 18.7.2023 |
| **Ergebnis der Schlussabstimmung** | +: 35<br>–: 0<br>0: 6 |
| **Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder** | Atidzhe Alieva-Veli, Marc Angel, Dominique Bilde, Gabriele Bischoff, Vilija Blinkevičiūtė, Milan Brglez, Sylvie Brunet, Jordi Cañas, David Casa, Ilan De Basso, Jarosław Duda, Cindy Franssen, Chiara Gemma, Elisabetta Gualmini, Agnes Jongerius, Irena Joveva, Katrin Langensiepen, Elena Lizzi, Sara Matthieu, Jörg Meuthen, Max Orville, Kira Marie Peter-Hansen, Dragoş Pîslaru, Elżbieta Rafalska, Daniela Rondinelli, Pirkko Ruohonen-Lerner, Mounir Satouri, Romana Tomc, Nikolaj Villumsen, Maria Walsh, Stefania Zambelli, Tomáš Zdechovský |
| **Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter** | Alex Agius Saliba, Carmen Avram, Gheorghe Falcă, Aurore Lalucq, Carina Ohlsson, Evelyn Regner, Ralf Seekatz |
| **Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 209 Abs. 7)** | Andrey Novakov, Helmut Scholz |

## NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

| 35 | + |
|---|---|
| ID | Dominique Bilde |
| PPE | David Casa, Jarosław Duda, Gheorghe Falcă, Cindy Franssen, Andrey Novakov, Ralf Seekatz, Romana Tomc, Maria Walsh, Tomáš Zdechovský |
| Renew | Atidzhe Alieva-Veli, Sylvie Brunet, Jordi Cañas, Irena Joveva, Max Orville, Dragoş Pîslaru |
| S&D | Alex Agius Saliba, Marc Angel, Carmen Avram, Gabriele Bischoff, Vilija Blinkevičiūtė, Milan Brglez, Ilan De Basso, Elisabetta Gualmini, Agnes Jongerius, Aurore Lalucq, Carina Ohlsson, Evelyn Regner, Daniela Rondinelli |
| The Left | Helmut Scholz, Nikolaj Villumsen |
| Verts/ALE | Katrin Langensiepen, Sara Matthieu, Kira Marie Peter-Hansen, Mounir Satouri |

| 0 | - |
|---|---|
| | |

| 6 | 0 |
|---|---|
| ECR | Chiara Gemma, Elżbieta Rafalska, Pirkko Ruohonen-Lerner |
| ID | Elena Lizzi, Stefania Zambelli |
| NI | Jörg Meuthen |

Erklärung der benutzten Zeichen:
+ : dafür
- : dagegen
0 : Enthaltung